

aktuell



Ortstafeln / Cravejne Table
Historische Lösung!
Historična Rešitev!

56 Jahre hat es gedauert, bis es endlich zur Einigung in der Kärntner Ortstafel-Frage kam – dank des Geschicks von Staatssekretär Josef Ostermayer, der von Kanzler Werner Faymann beauftragt wurde, im Namen der Bundesregierung zu verhandeln. Die Lösung wurde schließlich nicht nur von allen drei Vertretern der slowenischen Volksgruppen-Verbände akzeptiert, sondern auch die Oppositionsparteien scheinen zufrieden. Dieses hocherfreuliche, historische Ergebnis war keineswegs vorauszusehen. „Von einer schweren Geburt zu sprechen wäre die Untertreibung des Jahrzehnts“, schreibt der Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Reinhold Dottolo. Denn für viele Österreicher ist der Sonderfall Kärnten mit seiner spezifischen Historie unverständlich. Versprechen an die Slowenen wurden nach der Volksabstimmung 1920 nicht eingehalten, die Nazi-Politik brachte Terror und Zwangsaussiedlung. Auf der anderen Seite versuchten Tito-Truppen nach dem Weltkrieg, Südkärnten abzutrennen. Dass es Ostermayer vor diesem hochemotionalen Hintergrund gelang, alle Seiten an einen Tisch und zu einem Konsens zu bringen, ist eine politische Meisterleistung.

Eure Redaktion



Der internationale Themenschwerpunkt wird mit dem Politikwissenschaftler Prof. Heinz Gärtner (Österreichisches Institut für internationale Politik) fortgesetzt Seite 14

Terminvorschau: Am 2. Mai findet in Waidhofen/Ybbs ein Zukunftsdiskurs Bildung zur Neuen Mittelschule statt. (Österreichisches Institut für internationale Politik) fortgesetzt Seite 14

Arbeitsmarkttöffnung für Junge positiv

Durch die Öffnung des Arbeitsmarkts ...

... werden Arbeitsplätze in Österreich geschaffen.

45%

... entstehen Arbeitsplätze für Österreicher in den Nachbarländern.

56%

... geht die illegale Beschäftigung zurück.

55%

Quelle: ÖGE, Grafik: SPÖ

Junge sehen Chancen für Arbeitsmarkt

Österreicherinnen und Österreicher bis 35 Jahre sehen die Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts als Chance. 42 Prozent glauben, dass dadurch Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden, 56 Prozent sogar, dass Arbeitsplätze für Österreicher in den Nachbarländern entstehen. 55 Prozent glauben an einen Rückgang der Schwarzarbeit.

Christandl



Schmied: Schüler sollen am politischen Diskurs teilnehmen.

Start Aktionstage Politische Bildung

Von 27. April bis 15. Mai 2011 geht es in 150 Veranstaltungen um gesellschaftliche Partizipation und Zivilcourage. Bildungsministerin Claudia Schmied begrüßt die Angebote für Lehrer und Schüler zur Vermittlung von politischer Handlungskompetenz. Alle Infos: www.aktionstage.politische-bildung.at



In Burkina Faso werden junge Leute mit falschen Versprechungen in die Nachbarländer gelockt und als billige Feldarbeiter ausgebeutet.

Bildung gegen Menschenhandel

Die SPÖ-Sprecherin für Entwicklungspolitik, Petra Bayr, sieht in Bildung „eine wirkungsvolle Waffe gegen Kinder- und Menschenhandel“. Am Beispiel eines Berufsbildungszentrums in Burkina Faso, das sie vor kurzem besucht hat, erklärt Bayr: „Die Jugendlichen, die dort eine Berufsausbildung in Landwirtschaft und Viehzucht oder im Bestimmen und Verarbeiten traditioneller Heilpflanzen bekommen, lernen, neben Lesen, Schreiben und Rechnen, einen Beruf.“ Denn fehlende Bildung und Analphabetismus sind der Nährboden für Menschenhandel. Um dem vorzubeugen, fordert Petra Bayr neben Bildungsprojekten wie in Burkina Faso die Umsetzung des Millenniumsziels, dass alle Kinder zumindest eine Grundschulbildung erhalten.

Zitat der Woche

„Es zeigt sich einmal mehr, dass die österreichische Tradition, stets das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, letztendlich zum Ziel führt. Hetze oder das Schüren von Vorurteilen sind dafür ungeeignet.“

Bundeskanzler Werner Faymann zur Kärntner Ortstafel-Lösung

Die richtige Berufswahl entscheidet

Bereits zum zehnten Mal können Mädchen beim Girls' Day in „mädchen-untypische“ Berufe schnuppern, das Spektrum ihrer Berufswahl damit erweitern und den Grundstein für ein besseres Einkommen legen.

Der Girls' Day will Mädchen einen neuen Blick auf die Berufswelt eröffnen – denn noch immer entscheiden sich Mädchen sehr häufig für „typisch weibliche“ und schlecht bezahlte Berufsfelder wie Verkäuferin oder Friseurin statt aus dem ganzen Spektrum möglicher Berufe zu wählen. Am Girls' Day haben sie des-

halb die Gelegenheit, in ihnen unbekannte Jobs reinzuschnuppern. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek betont: „Das Wichtigste ist, einen Beruf zu wählen, der wirklich Spaß macht. Aber sich gut darüber zu informieren, wie viel man verdienen kann, vergessen Mädchen und Frauen zu oft.“



Dass es wichtig ist, sich vor der Berufsentscheidung gut zu informieren, möchte die SPÖ den Mädchen vermitteln – besonders am Girls' Day.



Hoch der 1. Mai!

Der 1. Mai steht heuer im Zeichen der überwundenen Wirtschaftskrise und des Arbeitsmarktes.



Direkte Auswirkung unserer Anstrengungen: Seit 13 Monaten sinkt die Arbeitslosigkeit.

Als am 1. Mai 2004 zehn neue Länder der Europäischen Union beitraten, darunter unsere Nachbarländer Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, behielt sich Österreich Übergangsfristen zum Schutz des heimischen Arbeitsmarkts vor. Diese laufen nun aus, der heimische Arbeitsmarkt wird für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern geöffnet und Firmen können Aufträge in Österreich annehmen und ihre Arbeiter und Angestellten nach Österreich entsenden.

Österreich werde nun von billigen Arbeitskräften aus dem Osten „überschwemmt“, meinen manche. Diese Gefahr hätte tatsächlich bestanden, wenn die Bundesregierung nicht reagiert hätte. Es wurden aber rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen gesetzt. Mit dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wird sichergestellt, dass alle in Österreich beschäftigten Arbeitnehmer jedenfalls den kollektivvertraglich festgesetzten Grundlohn erhalten. Das österreichische Lohnniveau ist ge-

schützt. Das wird mit Strafen bis 50.000 Euro abgesichert. Positiver Nebeneffekt: Mit dem neuen Gesetz kann ein neuer Anlauf zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Lohndumping beginnen.

Wir sollten den heurigen 1. Mai zum Anlass nehmen, auf das Erreichte stolz zu sein. Denn im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit top. Auch wenn es leider zum politischen Alltag gehört, dass die tatsächlichen Erfolge kleiner gemacht werden, als sie sind: Wir haben mit den Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaketen rasch und richtig auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise reagiert.

Wenn die Zahl der Arbeitslosen nun seit bereits 13 Monaten sinkt, ist das eine direkte Auswirkung unserer Anstrengungen, die wir ungebremst fortsetzen werden. Dabei soll eines nicht vergessen werden: Die Arbeitslosigkeit ist heute niedriger als zu Zeiten der Hochkonjunktur unter Schwarz-Blau.

„Auch wenn es leider zum politischen Alltag gehört, dass die tatsächlichen Erfolge kleiner gemacht werden, als sie sind: Wir haben mit den Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaketen rasch und richtig auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise reagiert.“

Leider gibt es dieser Tage auch weniger positive Meldungen. Laut Statistik Austria hängt der Bildungsabschluss in Österreich noch immer von der Bildung der Eltern ab. Laut einer vertiefenden Untersuchung schafft es nur jeder dritte der 15- bis 34-Jährigen, einen höheren formalen Bildungsabschluss als seine Eltern zu erreichen. Unabhängig vom Elternhaus haben vor allem junge Erwachsene mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Bildungschancen.

Wenn wir heuer am 1. Mai die Fahnen hoch halten, dann tun wir das für mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes wird in den Klassenzimmern entschieden. Deshalb müssen die von der SPÖ initiierten Bildungsreformen entschlossen weitergeführt werden. Österreich darf nicht länger ein Land sein, in dem in Bildungsfragen Herkunft mehr zählt als Talent.

Ob notwendige Reform des Bildungssystems oder die Zukunft des Arbeitsmarktes: Österreich braucht eine starke Sozialdemokratie, um seinen erfolgreichen Weg weitergehen zu können. Wir sorgen dafür, dass die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich gelöst werden können. Und wir werden uns auf diesem Weg nicht ablenken lassen. Hoch der 1. Mai!

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



MINDERHEITEN

„Kärnten ist frei vom Ortstafelkonflikt“

Nach 56 Jahren ist endlich eine Lösung in der Kärntner Ortstafel-Frage zustande gekommen. Dieses politische Kunststück ist Staatssekretär Josef Ostermayer gelungen.



Staatssekretär Josef Ostermayer: „Es hat sich gelohnt, wir haben es geschafft.“ (im Bild mit den Vertretern der Slowenen-Verbände Marjan Sturm, Valentin Inzko, Bernard Sadvnik und LH Gerhard Dörfler)

Ich gratuliere allen Beteiligten, aber auch allen Kärntnerinnen und Kärntnern zu diesem historischen Verhandlungsergebnis“, begrüßt Bundeskanzler Werner Faymann das sogenannte Klagen-

furter Memorandum. 56 Jahre hat es gedauert und unzählige Anläufe mussten unternommen werden, bis diese Einigung erzielt werden konnte. Geregelt wurden damit neben den zweisprachigen Ortstafeln auch die Amtssprache sowie Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit den Kärntner Slowenen.

Bis in den Abend hinein hatte Staatssekretär Josef Ostermayer im Auftrag von Bundeskanzler Werner Faymann gemein-

„Damit wird eine jahrzehntealte Diskussion zu einem verfassungskonformen, international herzeigbarem und vor allem vernünftigen Abschluss gebracht.“

Bundeskanzler Werner Faymann

sam mit dem Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler und den Vertretern der drei Slowenenverbände verhandelt. Als letzte Verhandlungsrunde war sie angekündigt worden – eine Bezeichnung, die in dem jahrzehntelangen Dauerkonflikt schon oft verwendet wurde und nach bisherigen Erfahrungen lediglich ein neuerliches Scheitern ankündigte. Aber diesmal kam es anders. Kurz nach 20 Uhr präsentierten die Verhandler ihr Ergebnis: Zweisprachige Be-

zeichnungen für 164 Ortschaften sollen in der Verfassung verankert werden. Auf eine Öffnungsklausel und auch auf eine Minderheitenfeststellung wurde verzichtet. Ein sogenanntes „Dialogforum“ für das gemischtsprachige Gebiet in Kärnten wird eingerichtet. Dieses soll künftig alle auftauchenden Fragen rund um die slowenische Minderheit regeln. Auch wird dort, wo zusätzliche zweisprachige Ortstafeln vorgesehen sind, eine Volksbefragung durchgeführt. Geregelt ist weiters die Förderung für das slowenische Musikschulwesen, für zweisprachige Kindergärten und die Förderungen für Sport und Medien. Geht es nach den Plänen der Verhandler soll der Vorschlag noch vor dem Sommer das Parlament passieren.

In Anlehnung an Leopold Figls Worte nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages meinte Ostermayer: „Kärnten ist frei vom Ortstafelkonflikt.“ Es sei gelungen, ein Paket zu schnüren, das nicht nur ein Stück Vergangenheit löst, sondern mit dem „Dialogforum“ auch den Blick in Richtung Zukunft der Entwicklung des gemischtsprachigen Gebietes richtet. Der Vorsitzende der SPÖ-Kärnten, Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser appelliert: „Ein Kompromiss kennt weder Sieger noch Verlierer. Gewinnen muss und wird die Kärntner Bevölkerung. Es ist jetzt die Aufgabe aller Beteiligten, dass dieser Kompromiss auch gelebt wird.“

CHRONOLOGIE

1955 Der Staatsvertrag sichert den Slowenen und Kroaten in Kärnten, im Burgenland und in der Steiermark zweisprachige topografische Aufschriften „im gemischtsprachigen Gebiet“ zu.

1972 Die Regierung Kreisky beschließt zweisprachige Ortstafeln für 205 Kärntner Ortschaften mit mindestens 20 Prozent Slowenen-Anteil. Die Tafeln werden im „Ortstafelsturm“ demontiert.

1976 Im Volksgruppengesetz wird ein Slowenen-Anteil von 25 Prozent als Voraussetzung für zweisprachige Tafeln festgelegt.

2001 Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hebt die 25-Prozent-Hürde von 1976 auf.

2006 Landeshauptmann Haider lässt Ortstafeln versetzen, danach zweisprachige Tafeln durch deutsche mit kleinen slowenischen Zusatztafeln ersetzen. Beides ist laut VfGH rechtswidrig.

2007 Bundeskanzler Alfred Gusenbauer schlägt 163 Tafeln vor – die ÖVP ist dagegen.



HBFWenzel

ARBEITSMARKTÖFFNUNG

Klare Regeln und strenge Kontrollen

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, enden die Übergangsfristen für den österreichischen Arbeitsmarkt. Ein neues Gesetz sorgt mit strengen Kontrollen und saftigen Strafen dafür, dass sich niemand vor Billig-Konkurrenz aus den neuen EU-Mitgliedstaaten fürchten muss.

„Mit dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping ist Österreich gut auf die Öffnung des Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedstaaten vorbereitet.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Sinkende Arbeitslosigkeit seit 13 Monaten, einer der höchsten Beschäftigungsstände seit dem Bestehen der Republik, garantierte Ausbildung für alle Jugendlichen und neue, umfassende Maßnahmen, damit alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger gesund im Erwerbsleben bleiben können. Keine Frage, die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt ist nicht nur gut, sie hat auch Vorbildwirkung in ganz Europa. Dass unser Land über gute, kollektivvertraglich festgelegte Mindestlöhne, klar geregelte Arbeitsbedingungen und ein engmaschiges Netz an sozialen Standards verfügt, ist vor allem jenen zu verdanken, die seit Jahrzehnten für faire Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen. Und genau dafür steht der 1. Mai, der Tag der Arbeit.

Der 1. Mai dieses Jahres ist aber auch jener Tag, an dem der österreichische Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten geöffnet wird. Firmen und Arbeitskräfte aus Polen, Tschechien, der slowakischen Republik, Ungarn, Slowenien und den baltischen Staaten (den neuen EU-8) ist es dann erlaubt, Aufträge und Jobs in Österreich anzunehmen. Da diese Länder im Vergleich zu Österreich über niedrigere Löhne und Sozialstandards verfügen, bestand die Gefahr, dass kollektivvertraglich festgesetzte Mindestlöhne durch billigere Angebote aus unseren Nachbarländern unterlaufen werden. Für die SPÖ-geführte Bundesregierung stand daher fest: Es braucht Maßnahmen, die all das, was in den letzten Jahren erkämpft wurde – von fairen Löhnen über gute Arbeitsbedingungen bis hin zu unseren Sozi-



BMASK

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Mit dem neuen Gesetz schützen wir die Arbeitnehmer davor, dass die österreichischen Löhne nach unten gedrückt werden.“

alstandards, die zu den besten Europas zählen – schützen.

Starkes Instrument zum Schutz von Arbeitnehmern und Firmen

Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz hat Österreich ein starkes Instrument zum Schutz unserer Arbeitnehmer und Firmen. Klare Regeln und strenge Kontrollen werden die Einhaltung kollektivvertraglich festgesetzter Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen überwachen. Und sollte sich eine Firma nicht an die Gesetze halten, drohen saftige Strafen (bis zu 50.000 Euro) oder sogar eine Sperre für den österreichischen Arbeitsmarkt. Das garantiert fairen Wettbewerb, von dem auch alle ehrlichen Firmen profitieren. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits bezeichnet das neue Gesetz daher als „wichtigen Schritt für mehr Fairness für die Arbeitneh-

mer und guten Beitrag, damit sich auch das Lohn- und Gehaltsgefälle in anderen Ländern verbessern kann“.

Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer

Der Zuzug von Arbeitskräften aus den EU-8 bringt aber auch Vorteile, denn Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer. Auch Wifo-Chef Karl Aiginger betont, dass aktuell ein guter Zeitpunkt für die Öffnung des Arbeitsmarktes ist. Laut Schätzungen des Wifo werden 2011 nämlich ca. 50.000 neue Jobs entstehen. Das Wifo rechnet damit, dass nur ca. 15.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus den neuen EU-8 zu uns kommen. Der Grund dafür: Schon seit 2006 gibt es eine schrittweise Arbeitskräfte-Migration aus den neuen EU-Ländern, die bisher über die Mangelberufsliste oder Schlüsselarbeitskräfteverordnung lief. ♦

ATOM-AUSSTIEG

Schulterschluss für e

Anlässlich des 25. Jahrestages des Reaktorunglücks von Tschernobyl und der aktuellen Atom-Katastrophe in Japan fand in Wien eine Gedenkkundgebung statt. Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich dabei für eine europaweite Abkehr von der Atomenergie aus.



Fotos: Zinner

Bundeskanzler Werner Faymann fordert ein Wende weg von der Atomkraft und hin zu erneuerbaren und alternativen Energieformen.

„Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Opfern, der wir nur gerecht werden können, wenn wir das Atomzeitalter beenden.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Die Umweltorganisation Global 2000 und die Plattform www.atomausstieg.at hatten am Vorabend des Jahrestages der Katastrophe zum Gedenken auf den Wiener Stephansplatz gerufen. Rund 5.000 Atomgegnerinnen und -gegner folgten dem Aufruf und setzten damit ein deutliches Zeichen für einen Atom-Ausstieg. „Wir wollen eine nachhaltige Zukunft, das ist

die menschenwürdigste. Dazu gehört auch eine Energiewende“, bekräftigte Bundeskanzler Werner Faymann die Position der SPÖ in seinem Statement.

Gemeinsam stark

Der Kanzler plädierte für ein gemeinsames Auftreten über alle Parteigrenzen hinweg, um für einen europaweiten Atomausstieg zu mobilisieren. Scharfe Worte fand Faymann erneut für die Atomlobby, die Kernenergie jahrelang als sichere Energieform gepriesen hat. Sie verdiene unter dem Motto „Geht es gut, kommt es in die eigene Tasche – geht es schlecht, zahlt die Allgemeinheit“ Milliarden, ohne die Verantwortung für die Risiken übernehmen zu müs-

sen. „Das werden wir uns nicht gefallen lassen“, sagte Faymann und erteilte all jenen eine klare Absage, die nur darauf warten, dass die Katastrophe von Fukushima wieder in Vergessenheit gerät.

Tschernobyl – Mahnung und Auftrag

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas ist der engagierte Kampf für eine Welt ohne Atomkraftwerke die ehrlichste Art und Weise, den Opfern der beiden Katastrophen zu gedenken. „Die Ruinen von Tschernobyl und Fukushima müssen uns dabei als Mahnmale gelten, die uns die schrecklichen Folgen der Atomkraft vor Augen halten“, betonte Rudas. ♦



ine atomfreie Zukunft



Gemeinsam stark: Bundeskanzler Werner Faymann mit Global 2000-Sprecher Klaus Kastenhofer, Grünen-Chefin Eva Glawischnig und Caritas-Präsident Michael Landau



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit einer niederösterreichischen Kundgebungs-Delegation.

INFO



picturedesk

Die Ruinen von Tschernobyl wurden zum Symbol für die Unbeherrschbarkeit der Kernenergie.

Tschernobyl – 25 Jahre danach

Am 26. April jährte sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Eine aus dem Ruder gelaufene Notfallübung führte 1986 zum Super-GAU. Über 200.000 Quadratkilometer in Russland, der Ukraine und Weißrussland wurden radioaktiv belastet. Mehr als 100.000 Menschen wurden umgesiedelt. Eine 30 Kilometer große Sperrzone um den Reaktor wird bis heute streng bewacht. Unter den Folgen des Reaktorunglücks hat die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten auch ein Vierteljahrhundert später noch zu leiden.

Opferzahl umstritten

Bis heute ist umstritten, wieviele Opfer die Katastrophe gefordert hat. Die Umweltorganisation Greenpeace geht davon aus, dass bis 2005 mindestens 100.000 Menschen in der Ukraine, Russland und Weißrussland an den Folgen der Katastrophe gestorben sind. Über 600 Millionen Menschen sollen europaweit nach Angaben von Atomkritikern gesundheitlich von der Katastrophe betroffen sein.

BUDGET

Die Wirtschaft wächst, das Defizit schrumpft

Die Regierung hat den Finanzrahmen bis 2015 festgelegt: Das Budget-Defizit sinkt dank der guten Wirtschaftsentwicklung, ein Sparpaket ist nicht notwendig. Gleichzeitig wird in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung investiert.

In den nächsten Jahren wird die Budget-Konsolidierung fortgesetzt: 2011 wird das Defizit 3,9 Prozent betragen,

HINTERGRUND

Der Vergleich macht sicher

Österreichs Wirtschafts- und Finanzkurs braucht keinen Vergleich zu scheuen:

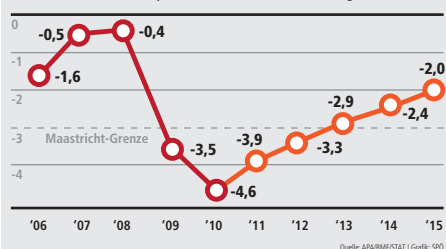
» Nach dem BIP pro Kopf ist Österreich (40.000 US-Dollar) eines der reichsten Länder der Welt – vor Finnland, Schweden, Frankreich, Deutschland oder Kanada.

» Österreich ist eines von nur sechs Euro-Ländern mit einem Triple A-Rating (der höchsten Bonitätsstufe).

» Während es in manchen Ländern dramatische Sparpakete und Sozialabbau gibt, weist Österreich eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote auf, hat ein Wirtschaftswachstum über dem Durchschnitt der Euro-Zone, ein stabiles Budget und investiert in Bildung oder Pflege.

Entwicklung des Budgetdefizits

Gesamtstaatliches Defizit, jeweils in Prozent des BIP, 2011-15 Prognose



ein Jahr später nur mehr 3,3 Prozent. 2013 wird Österreich mit 2,9 Prozent dann unter der Maastricht-Grenze liegen, 2015 soll das Defizit nur mehr zwei Prozent des Budgets betragen. Möglich macht das einerseits die Wirtschaftsentwicklung. Durch die gute Konjunktur kommt es zu einem Plus an Steuereinnahmen. Andererseits wird in den einzelnen Ministerien gespart. Die Budget-Konsolidierung „ist ohne großes Sparpaket möglich, wenn wir in allen Ressorts täglich sparen. Die tägliche Reform erspart uns tiefe Einschnitte ins Sozialsystem“, so Bundes-

kanzler Werner Faymann. Und auch Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder betont: „Es wird kein Sparpaket geben.“

Das Ziel ist jedenfalls klar: In wirtschaftlich guten Zeiten das Defizit zu reduzieren, damit der Staat Spielraum für die Zukunft hat.

Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur

Die Regierung hat aber im Finanzrahmen auch vereinbart, dass für Zukunftsbereiche weiterhin zusätzliches Geld zur Verfügung steht. Für Universitäten, Ausbau der Ganztagschulen, Forschung und thermische Sanierung wird es auch in den nächsten Jahren mehr Mittel geben. Und auch bei innerer Sicherheit, Infrastruktur und Familien gibt es im Finanzrahmenplan ein Plus. Werner Faymann: „Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, die Nummer drei in der EU. Der jetzt beschlossene Konsolidierungspfad soll dafür sorgen, dass das auch weiterhin so bleibt!“

TIERSCHUTZ

„Hunde sicher verstehen“

Tierschutzminister Alois Stöger und der Verein „Tierschutz macht Schule“ haben die Initiative „Mensch und Tier, aber sicher!“ gestartet.

Die meisten Zwischenfälle zwischen Mensch und Tier beruhen auf Unwissen und Missverständnissen und wären daher vermeidbar. Aus diesem Grund hat das Gesundheitsministerium in Kooperation mit dem Verein „Tierschutz macht Schule“ eine Informationskampagne gestartet, die sich dem richtigen Umgang mit Tieren widmet. Den Auftakt macht der Schwerpunkt Hunde, mit der kostenlosen Broschüre „Hunde sicher verstehen“. Stöger dazu: „Die Initiative soll zu einem harmonischen Zusammenleben von Menschen und Tieren in Österreich beitragen. Nicht nur Tierhalter müssen die Körpersprache der Hunde verstehen, sondern jeder Mensch sollte die Grundregeln im Umgang mit Hunden kennen.“

Gesundheitsminister Alois Stöger mit Lokji und Yume nach der Präsentation der Broschüre.



WETTBEWERB

Wer ist firm in Zeitgeschichte?

Erstmals wird vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ein Geschichtswettbewerb für Schülerinnen und Schüler ab der neunten Schulstufe ausgeschrieben.

Thema dieses Wettbewerbes ist die Alltagsgeschichte unmittelbar vor und nach der Ausrufung der Zweiten Republik am 27. April 1945. Die Projekte können in Gruppen- oder Klassenarbeit, entweder im Fach Geschichte und Sozialkunde oder in Politische Bildung entwickelt werden. Ziel der Arbeiten soll es sein, die Lebensumstände um das Ende des Zweiten Weltkrieges anhand lokaler Erfahrungen im heutigen Wohnumfeld zu

dokumentieren und eigenständig zu interpretieren. Bundespräsident Heinz Fischer unterstützt den Wettbewerb: „Um aus Geschichte zu lernen, muss sie zunächst erforscht, verstanden und interpretiert werden.“

Bildungsministerin Claudia Schmied: „Schülerinnen und Schüler können zu einem umfassenden Geschichtsbild Österreichs beitragen“



Politik

Die Asylfalle

„Die Asylfalle“ ist eine umfassende und aktuelle Darstellung der Asylsituation in Österreich.

„Bitte, hier ist Jovan Mirilo. Sie erinnern sich? Ich darf nur ein Telefonat führen und habe kaum Euros. Ich rufe aus dem Gefängnis an, weil ich um Asyl angesucht habe. In drei Tagen werde ich zurückgeschoben, sagt die Polizei.“ So beginnt eines von momentan rund 22.000 Asyl-Schicksalen. Der Fall Mirilo ging noch vor den Fällen Arigona Zogaj durch die Medien, das Dossier liest sich wie eine Aneinanderreihung willkürlicher Schikanen und Erniedrigungen. Und es steht exemplarisch für das

Leben von Asylwerbern, von denen immer öfter unglaubliche Details an die Öffentlichkeit gelangen. Rubina Möhring, ORF-Journalistin und Präsidentin der österreichischen „Reporter ohne Grenzen“, deckt hoffnungslose Lebenssituationen auf. „Die Asylfalle“ ist ein Buch über den Umgang von Menschen mit Menschen im Rahmen unserer heutigen Gesellschaft. Zugleich bietet es anhand internationaler Beispiele einen Ausblick auf eine mögliche menschenwürdige Asylpolitik. ♦

Roman

Marina

Bestseller-Autor Carlos Ruiz Zafón erzählt die dramatische Geschichte eines jungen Mannes, der um seine große Liebe kämpft.

„Wir alle haben im Dachgeschoss der Seele ein Geheimnis unter Verschluss. Das hier ist das meine.“ So beginnt Óscar Draí seine Erzählung. Der junge Held des Romans sehnt sich danach, am Leben Barcelonas teilzuhaben, und streift am liebsten durch die verwunschenen Villenviertel der Stadt. Eines Tages trifft er auf ein faszinierendes Mädchen. Sie heißt Marina, und sie wird sein Leben für immer verändern. Gemeinsam werden die beiden in das düstere Geheimnis um den ehemals reichsten

Mann Barcelonas gesogen. Schmerz und Trauer, Wut und Größenwahn reißen sie mit sich, eine höllische Verbindung von vernichtender Kraft. Aber auch Marina umgibt ein Geheimnis. Als Óscar schließlich dahinterkommt, ist es das jähe Ende seiner Jugend. In Marina beschwört Zafón erstmals sein unnachahmliches Barcelona herauf, eine Stadt voller Magie und Leidenschaft, und erzählt die dramatische Geschichte eines jungen Mannes, der um sein Glück und seine große Liebe kämpft. ♦

Roman

Orkus

Gerhard Roths „Orkus“ ist Roman und Autobiografie zugleich: die Essenz eines Schriftstellerlebens.

32 Jahre lang hat Gerhard Roth an seinen beiden Romanzyklen „Die Archive des Schweigens“ und „Orkus“ gearbeitet – ein einzigartiger Kosmos der Literatur und des Denkens, der neben klassischen Romanen auch dokumentarische und essayistische Bände umfasst. Der Band „Orkus“ ist der Schlussstein dieser monumentalen Arbeit und nicht überbietbarer Endpunkt: ein autobiographischer Roman, in dem das Leben des Autors mit dem seiner Figuren auf faszinierende Weise ver-

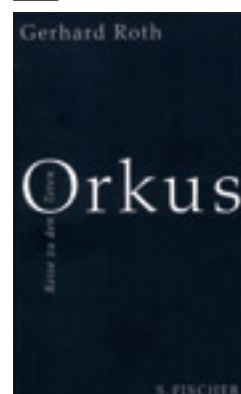
schmilzt. Roth erzählt vom Landleben in der Steiermark und seine Expeditionen durch die Museen und Caféhäuser von Wien. Von Begegnungen mit Persönlichkeiten wie Thomas Bernhard und Bruno Kreisky. Von seinem Ersten Manuskript und davon, wie aus Romanfiguren Menschen werden. „Orkus“ ist die Essenz eines Schriftstellerlebens: ein Buch über das Wesen des Menschen, die Wahrnehmung der Welt, die Suche nach einer anderen Wirklichkeit. ♦

☐ Stk.


Rubina Möhring:
Die Asylfalle. Wie Österreich mit seiner Flüchtlingspolitik scheitert.
Czernin Verlag, Wien 2011
184 S., 19,80 €

☐ Stk.


Carlos Ruiz Zafón:
Marina
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2011
350 S., 20,60 €

☐ Stk.


Gerhard Roth:
Orkus. Reise zu den Toten.
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2011
668 S., 25,70 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

SYRIEN

Präsident Assad muss Gewalt beenden

Das brutale Vorgehen des syrischen Regimes gegen Zivilisten muss gestoppt werden, fordert die SPÖ.



Die Außenpolitik-Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen, fordert das Ende der Gewalt in Syrien.

Christine Muttonen ist entsetzt über das brutale Vorgehen des syrischen Regimes gegen Regimekritiker und Demonstranten. Bei

ler Werner Faymann fordert Muttonen, dass „das syrische Regime endlich die Demokratiebewegung ernst nehmen muss. Präsident Assad muss rasch in Dialog mit

Spolia friedlichen Demonstrationen waren dutzende Regimekritiker erschossen worden. Unvorstellbar brutal: Am Rande einer Beerdigung von Opfern wurden mehrere Trauergäste von Heckenschützen getötet. „Präsident Assad muss die Gewalt stoppen und seine Ankündigung, friedliche Demonstrationen zulassen zu wollen, endlich in die Tat umsetzen“, so Muttonen. Wie auch Bundeskanz-

der Opposition treten und demokratische Reformen einleiten.“

Brutalität aufs Schärfste zu verurteilen

Bundeskanzler Werner Faymann appelliert an Syriens Präsident Baschar al-Assad, den Einsatz von Waffengewalt gegen die Bevölkerung sofort zu beenden. Angesichts der bestürzenden Nachrichten über Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen fordert Faymann „den syrischen Präsidenten al-Assad auf, umgehend mit allen Kräften im Land in einen friedlichen Dialog zu treten und endlich echte Demokratie zu ermöglichen.“ Der Staatspräsident Syriens habe wiederholt Reformen angekündigt, diese müssten endlich auch umgesetzt werden, anstatt die Gewalt weiter eskalieren zu lassen. „Das brutale und unmenschliche Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die eigene Bevölkerung ist jedenfalls auf das Schärfste zu verurteilen“, betonte Werner Faymann. ♦

BILDUNG

Lehrer werden liegt im Trend

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer freut sich über den starken Studierendenanstieg an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

Der Unterricht an Österreichs Schulen ist gesichert, der Beruf Lehrer liegt voll im Trend und Österreich darf sich über eine starke Zunahme der Lehramtsstudierendenzahl freuen. An den Pädagogischen Hochschulen ist die Zahl der Studierenden zwischen dem Studienjahr 2007/08 und 2010/11 um rund 65 Prozent auf 11.210 gestiegen. Und an den Unis gibt es ein Plus von 43 Prozent bei den Lehramtsstudierenden auf fast 17.000. „Mit einem guten Maßnahmen-Mix sorgt Bildungsministerin Claudia

Schmied für eine Attraktivierung des Lehrberufs und ist eine Garantin dafür, dass unsere Schülerinnen und Schüler auch weiterhin beste Bildung bekommen“, sagt SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer. ♦

Immer mehr junge Menschen entscheiden sich dafür, den Beruf des Lehrers zu ergreifen.



ORTSTAFELN

Hoffnung auf breite Parlamentsmehrheit

Nach der Lösung in der Kärntner Ortstafelfrage hofft SPÖ-Klubobmann Josef Cap nun auf möglichst breite Zustimmung im Parlament.

Cap begrüßt den von Staatssekretär Ostermayer und den anderen Verhandlern erzielten Durchbruch in der Kärntner Ortstafel-Frage. Die vorliegende Einigung sei die Grundlage für die noch nötige Beschlussfassung im Parlament, bei der er auf eine möglichst breite Mehrheit – „am liebsten einstimmig“ – hofft. Er zeigt sich optimistisch, dass damit eine Causa,

die Kärnten, aber auch ganz Österreich, rund ein halbes Jahrhundert lang beschäftigt hat, zur Zufriedenheit aller erledigt werden kann. Eine Auseinandersetzung, die über Jahrzehnte die Kärntner Politik dominierte, könnte nun bald der Vergangenheit angehören. Auch die Oppositionsparteien signalisierten bereits ihre Zustimmung zur erzielten Lösung. ♦

Für SPÖ-Klubobmann Josef Cap ist klar: Alle sind Gewinner der Ortstafel-Einigung.





SPORT

Kicken für den guten Zweck

Der FC-Nationalrat traf sich mit einer Mannschaft der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu einem Benefizmatch für die Japan-Hilfe.

Beim ersten Auswärtsspiel der Nationalrats-Mannschaft – bisher kam es nur zu Konfrontationen auf Wiener Rasen – gab es gleich eine herbe Niederlage. Das Journalisten-Team setzte sich mit 6:2 klar gegen die Abgeordneten-Auswahl durch. SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist, der als Teamkapitän fungiert, nahm die Schlappe sportlich und gratulierte den Siegern: „Gegen dieses starke Kollektiv war kein Kraut gewachsen.“ Auf Seite der Nationalräte konnten Hubert Kuzdas (SPÖ) und Bundesrat Efgani Dönmez (Grüne) als Torjäger brillieren. Ein Rückspiel in Wien ist bereits in Planung. ♦



Fotos: Moser



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter geht erfolgreich aus einem Kopfballduell hervor.

Team-Kapitän Hermann Krist beim Shake-Hands mit seinem Gegenüber von den OÖ-Nachrichten, Chefredakteur Wolfgang Braun.

VERKEHR

Anzahl der Disco-Unfälle gesunken

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier will die Anzahl der Auto-Unfälle nach Disco-Besuchen weiter reduzieren, etwa durch vermehrten Einsatz von Disco-Bussen.

Die Anzahl der sogenannten Disco-Unfälle ist zwischen 2005 und 2010 deutlich zurückgegangen. Das ist das Ergebnis einer parlamentarischen Anfrage des SPÖ-Konsumentenschutzsprechers Johann Maier. „Gab es 2005 noch 258 Disco-Unfälle, ging die Zahl im Jahr 2010 auf 134 zurück“, so Maier. Die meisten Unfälle wurden in Oberösterreich (288), Niederösterreich (280) und der Steiermark (220) registriert. Die wenigsten werden im Burgenland (29). „Fast die Hälfte der Unfälle passiert aufgrund von Alkohol“, so Maier. Er appelliert daher an Gemeinden, mehr Disco-Busse als sichere Alternative für Jugendliche anzubieten. ♦



In den Jahren 2005 bis 2010 gab es insgesamt 1.176 Disco-Unfälle. Am gefährdetsten sind Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren.

KULTUR

Kunst verbindet

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnete das achte „Crossing Europe“ – ein Filmfestival, dass sich in der Szene etabliert hat und mittlerweile weite Kreise zieht.

Crossing Europe“ – das Festival für den europäischen Film hat sich mittlerweile neben der Viennale und der Grazer Diagonale als eines der bedeutendsten Festivals in Österreich etabliert. Auf Einladung von Festival-Leiterin Christine Dollhofer besuchten auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sowie die beiden SPÖ-Bereichssprecherinnen für Kultur und Kreativwirtschaft, Sonja Ablinger und Elisabeth Habel das Festival. „Dieses Festival zieht immer weitere Kreise und erweitert in mehrfacher Hinsicht den Horizont. Es macht uns europäischer, internationaler, weltoffener“, so Prammer in ihrer Eröffnungsrede. ♦

SPÖ Klub



Zu Gast beim Crossing Europe: NR-Abg. E. Habel, NR-Präsidentin B. Prammer, Filmdoyen E. Pleskow, Festivalchefin C. Dollhofer und NR-Abg. S. Ablinger (v.l.n.r.).

BURGENLAND

SPÖ Frauen: Anstoßfinanzierung fortsetzen



SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz und die burgenländische Frauenlandesrätin Verena Dunst pochen auf den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen.

„Durch die Anstoßfinanzierung des Bundes in den Jahren 2008 und 2009 konnten über 17.500 neue Betreuungsplätze und 6.000 neue Jobs geschaffen werden. Und das in einer wirtschaftlich nicht einfachen Zeit“, sagte Bundesfrauengeschäftsführerin Mautz im Rahmen ihres Besuches im Burgenland. „Das Erfolgsmodell Anstoßfinanzierung muss fortgesetzt werden“, betonte auch Landesrätin Dunst. Laut einer Umfrage sprechen sich 84 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus. Österreich hat zwar in der Betreuung der 3- bis 6-Jährigen gut aufgeholt, liegt bei den Unter-3-Jährigen mit 16 Prozent aber noch immer unter dem Barcelona-Ziel von 33 Prozent.

Burgenland ganz vorne dabei

Das Burgenland ist mit 99,5 Prozent Betreuungsquote bei den 3- bis 5-Jährigen die absolute Spitze in Österreich. Bei den Unter-3-Jährigen liegt das Burgenland mit 23,5 Prozent hinter Wien an zweiter Stelle. „Wir konnten uns hier bei einer Ausgangslage von 7,2 Prozent seit dem Jahr 1999 enorm steigern“, so Dunst. Bis zur Erreichung des Barcelona-Ziels fehlt aber noch ein Stück. „Daher pochen wir auch auf eine Fortsetzung der Anstoßfinanzierung“, sagte die Frauenlandesrätin.

Die Umfrage zeigt außerdem, dass 58 Prozent der Befragten staatliche Investitionen in neue Betreuungsplätze gegenüber direkten Geldleistungen vorziehen. „Zur Entlastung der Familien und im Sinne der Vereinbarkeit ist der weitere Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen unerlässlich“, sagte Mautz. ♦



SPÖ Burgenland

SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz auf Besuch im Burgenland bei Frauenlandesrätin Verena Dunst (r.) und Landesfrauengeschäftsführerin Gabi Tremmel (l.).

GESELLSCHAFT FÜR KULTURPOLITIK Vieles neu macht der Mai



Die Gesellschaft für Kulturpolitik (GfK) in Oberösterreich geht mit neuer Mannschaft, neuer Agenda und neuem Schwung in den Kulturfrühling 2011.

Die GfK in Oberösterreich hat eine neue Leitung. Chris Müller, freischaffender Konzeptkünstler, Kulturmanager und Intendant des Theater Hausruck will die GfK OÖ künftig noch mehr zu einer „Drehscheibe“ und einem „Bindeglied zwischen Kunst, Kultur und Politik“ machen. Auch sonst ist vieles neu: Den Vorsitz der GfK OÖ übernimmt SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Schwandner, sein Stellvertreter ist der langjährige Kulturdirektor der Stadt Linz, Siegfbert Janko. Schriftführerin wird Nationalratsabgeordnete Sonja Ablinger. Zum Kassier wurde SPÖ-Landesgeschäftsführer Christian Horner gewählt. ♦



SPÖ OÖ

SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Schwandner ist neuer Vorsitzender der GfK in Oberösterreich.

NIEDERÖSTERREICH Zukunft ohne Atomkraft



Unter dem Motto „Für eine strahlende Zukunft ohne Atomkraft“ werben die niederösterreichischen Kinderfreunde im Rahmen von Aktionstagen für einen ökologischen und sozialen Wandel.

Für die erste Aktion haben die Kinderfreunde die St. Pöltner Innenstadt und den 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl gewählt. Es geht darum, mit dem Ausstieg aus Atom, Kohle, Öl und Gas aktiv die Umwelt zu schützen und damit die Zukunft unserer Kinder zu sichern, so der Vorsitzende der Kinderfreunde Niederösterreich, Andreas Kollross bei der Aktion. Die Aufkleber zur Initiative sind online unter www.noekinderfreunde.at anzufordern. ♦

SPÖ NÖ



Kinderfreunde-LV Andreas Kollross, St. Pöltners Bgm. Matthias Stadler, Kinderfreunde-Bezirksv. Robert Laimer, Abg. z. NR Anton Heinzl und LAbg. Heidemaria Onodi werben für eine Zukunft ohne Atomkraft.

SALZBURG

Ein „Schmankerl“ gegen Arbeitslosigkeit



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bedankte sich persönlich für die hervorragende Arbeit des Sozialprojekts Restaurant „Schmankerl“ in

Salzburg.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller besuchte das Sozialprojekt Restaurant „Schmankerl“ in der Glockengasse in Salzburg. Als kleines Dankeschön für die hervorragende Arbeit, die im „Schmankerl“ täglich geleistet wird, brachte sie Ostereier mit, die sie von Toni's Freiland-eier für einen guten Zweck erhalten hatte. „Für jene, die Schwierigkeiten haben am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ist das ‚Schmankerl‘ eine große Chance, wieder ins Berufsleben einzusteigen und dabei die nötige Unterstützung, beispielsweise bei der Suche nach dem passenden Job zu finden“, sagt Burgstaller.

Im „Schmankerl“ finden arbeitslose Menschen für die Dauer von maximal einem Jahr einen Arbeitsplatz. „Im Laufe dieses



Wildbild

Die Mitarbeiter des „Schmankerl“ freuen sich über den Oster-Besuch ihrer Landeshauptfrau.

Jahres erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hilfestellungen bei der Suche nach einem fixen Arbeitsplatz. Sie werden dabei individuell unterstützt und können sich weiter für ihre künftige Berufslaufbahn qualifizieren“, berichtet die Landeshauptfrau. Das Restaurant „Schmankerl“

bietet seinen Gästen qualitativ gutes Essen zu günstigen Preisen. Täglich auch an Sonn- und Feiertagen gibt es hier Frühstück und zwei Mittagsmenüs. Und: Im Schmankerl wird kein Alkohol ausgeschenkt – ein bewusst gesetzter Akzent des Sozialprojekts. ♦

WIEN

Die SPÖ trauert um Johann Hatzl

Der langjährige SPÖ-Stadtrat und Wiener Landtagspräsident Johann Hatzl verstarb im 69. Lebensjahr.

Zu den Stationen von Johann Hatzls politischer Karriere zählen die Mitgliedschaft im SPÖ-Bundesparteivorstand und der Posten als stellvertretender Vorsitzender der Wiener SPÖ. Hatzl war als Stadtrat für unterschiedliche Ressorts zuständig, unter anderem für Wohnen, Verkehr, Energie. Er war Wiener SPÖ-Klubvorsitzender und später Landtagspräsident. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl würdigte den Simmeringer Hatzl in seiner Trauerrede: „Wenn man fast 40 Jahre gearbeitet, gekämpft und gelegentlich gestritten hat, ist die Trauer, aber ebenso die Dankbarkeit groß.“ Hatzl habe Wien geprägt, etwa mit der Modernisierung des öffentlichen Verkehrs und

durch leistbares Wohnen. Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte: „Wir werden sein Andenken in der Sozialdemokratie hoch halten.“ ♦

Bgm. Michael Häupl bei seiner Trauerrede für Hans Hatzl.

SPÖ

Trauer um Bernd Schmid

Der langjährige Geschäftsführer der Altmannsdorf Gruppe, Bernd Schmid, verstarb im 67. Lebensjahr.

Tief betroffen zeigten sich die SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und Laura Rudas über das Ableben Bernd Schmid. „Er war die Seele und das Herz der Altmannsdorf Gruppe. Er hat das Unternehmen mit seinem Können, seiner Erfahrung und seiner Umsicht auf die Überholspur gebracht, es ausgebaut und zu einem florierenden Betrieb mit sicheren Arbeitsplätzen werden lassen“, sagten Kräuter und Rudas unisono. Zur Altmannsdorf Gruppe gehören das Gartenhotel Altmannsdorf sowie der Tochterbetrieb „Café Gloriette“ in Schönbrunn. Schmid übernahm die Geschäftsführung des Gartenhotels Altmannsdorf in Wien im Jahr 1981. Aufgrund seiner

vielfältigen Leistungen im Hotelleriebereich erhielt Schmid u.a. 1994 das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich und wurde 1996 zum Kommerzialrat ernannt. Kräuter: „Der überaus beliebte und stets gutgelaunte Bernd wird uns allen sehr fehlen.“ ♦

Bernd Schmid stand für das Seminarhotel des Wiener Renner-Instituts, das Gartenhotel Altmannsdorf.

Schaub-Walzer



Gartenhotel Altmannsdorf





picturedesk

Vorgeschobene Argumente und haltlose Befürchtungen

Die aktuelle Debatte über die Wehrpflicht und Wehrsystem wird häufig dazu benutzt, andere Themen in den Vordergrund zu schieben, die damit ursächlich wenig zu tun haben.



Gegen ein Profi-Heer sprechen lediglich konstruierte Argumente.

„Die meisten der Aufgaben können nur von Freiwilligen und Berufssoldaten wahrgenommen werden.“

Es wird etwa argumentiert, eine Freiwilligenarmee sei mit der österreichischen Neutralität nicht mehr vereinbar. Das Ende der Neutralität sei daher vorgezeichnet. Ein verwandtes Argument lautet, einer Freiwilligenarmee würde zwingend der Beitritt Österreichs zur Nato folgen. Umgelegt auf Europa heißt diese Verknüpfung, eine Freiwilligenarmee sei die

Grundlage für eine Europaarmee, die im Vertrag von Lissabon der EU vorgesehen sei. All diese Kombinationen sind konstruiert und keinesfalls zwingend.

Richtig ist wohl, dass eine Sicherheitsstrategie die Basis für das Wehrsystem (u. a. Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee) ist. Die beiden vorliegenden Entwürfe der SPÖ und der ÖVP sind einander in der grundsätzlichen Ausrichtung so ähnlich, dass daraus aber kein fundamentaler Unterschied im Hinblick auf das Wehrsystem ableitbar ist. Beide Entwürfe sehen auf absehbare Zeit keine große konventionelle Bedrohung für Österreich. Die Aufgaben für das Österreichische Bundesheer sind umfassend definiert: internationales ziviles und militärisches Krisenmanagement; nationale, europäische und internationale Solidaritätsleistungen im Falle des von Menschen gemachten oder Naturkatastrophen; Konfliktverhütung; Postkonflikt-Stabilisierung und Friedenssicherung.

Die meisten dieser Aufgaben, darüber besteht Konsens, können nur von Freiwilligen und Berufssoldaten wahrgenommen werden. Die offene Frage kann nur sein, wie diese rekrutiert werden. Ein Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht würde lauten, dass aus diesem Topf, Berufs-, Zeit-, Milizsoldaten gewonnen werden können. Das Modell des Verteidigungsmini-

sters sieht hingegen ein Anreizsystem vor. Beides ist für die neuen Aufgaben möglich.

Keines der Modelle stellt die Neutralität infrage. Alle genannten Tätigkeiten werden bereits jetzt vom Bundesheer ausgeführt – unter anderem in Kooperation sowohl mit der Europäischen Union als auch der Nato. Dasselbe gilt für das Bündnismitglied Dänemark mit einem reduzierten Wehrpflichtsystem oder das bündnisfreie Schweden mit einer Freiwilligenarmee.

Wenn der Lissaboner Vertrag als Zielvorstellung eine „gemeinsame Verteidigung“ (Art. 42.2) angibt, so meint er damit nicht eine Europaarmee, in der die Mitgliedstaaten ihre Besonderheiten aufgeben. Im Art. 4 heißt es daher: „Die nationale Sicherheit bleibt in der alleinigen Verantwortung jedes Mitgliedsstaates.“ Der Vertrag anerkennt also die verfassungsmäßigen Besonderheiten von neutralen wie von Bündnisstaaten und stellt keine Beschränkung für Österreichs Teilnahme an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. ♦

Heinz Gärtner ist Universitätsprofessor am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Der Artikel ist gekürzt und erstmals in „Der Standard“ am 15. 2. 2011 veröffentlicht worden. Die Langfassung ist auf www.oe2020.at abrufbar.

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Der Beitrag über einen Atomausstieg von Manfred Pils hat zahlreiches positives Feedback erhalten. Auf www.oe2020.at und in der Rubrik „Quergeschrieben“ setzt „Österreich 2020“ den internationalen Themenschwerpunkt mit dem Politikwissenschaftler Prof. Heinz Gärtner (Österreichisches Institut für internationale Politik) und – nächste

Woche – mit der außenpolitischen Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen, fort.

Terminvorschau: Am 2. Mai findet in Waidhofen/Ybbs ein Zukunftsdiskurs Bildung mit Claudia Schmied und Sepp Leitner zur Neuen Mittelschule statt. Am 23. Mai begrüßen wir Matthias Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie von Thü-

ringen, als Impulsreferenten beim „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs „Ökologie als Ökonomie des 21. Jhs.“ Im Rahmen dieses Schwerpunktes werden wir bereits im Vorfeld Beiträge der Diskutantinnen und Diskutanten dieser Veranstaltung in Quergeschrieben und auf der Homepage veröffentlichen. ♦

TERMINKALENDER

Sonntag, 1. 5.



Maifest

„SPÖ. Der Wiener Weg. Sozial. Gerecht. Erfolgreich.“ – Unter diesem Motto findet am 1. Mai 2011 der traditionelle Maiaufmarsch in Wien statt. Als Hauptrednerinnen und -Redner am Rathausplatz sprechen ab 11 Uhr Bundeskanzler Werner Faymann, Bürgermeister Michael Häupl, die Wiener SPÖ-Frauenvorsitzende und Vizebürgermeisterin Renate Brauner und ÖGB-Präsident Erich Foglar. Auch der Prater steht am Sonntag ganz im Zeichen des Maifests. Ab 13 Uhr sorgen Künstler aus diversen musikalischen Genres auf den Prater-Showbühnen für gute Stimmung. Das komplette Programm ist unter wien.spoe.at abrufbar.



Montag, 2. 5.

„Brauchen wir die Neue Mittelschule?“

Die überwältigende Mehrheit der Eltern, Schülerinnen und Schüler stellt der Neuen Mittelschule ein hervorragendes Zeugnis aus. Nur, warum gibt es in Niederösterreich trotzdem noch so wenige? Diese und andere Fragen können Sie mit Bildungsministerin Claudia Schmied, LHStv. Sepp Leitner, NR-Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig und Leo Lugmayr (HS Ybbsitz) persönlich diskutieren. Anmeldung: amstetten@spoe.at oder Tel.: 07472/62181

Beginn: 19 Uhr

Rothschilddschloss, Kristallsaal

Waidhofen/Ybbs, Schlossweg 2

Freitag, 13. 5. bis Sonntag, 15. 5.

Großer Bücherflohmarkt für Japanhilfe im MuseumsQuartier

Deutsche, schweizer und österreichische Verlage stellen jetzt auf Initiative von Wien live Tausende wertvolle Bücher und Hörbücher für das Japan-Soforthilfeprogramm der Volkshilfe Österreich zur Verfügung. Das MUMOK und die Kunsthalle Wien haben sich spontan bereit erklärt, bei dieser Aktion mitzumachen und Verkaufsflächen sowie Lagerräume zur Verfügung zu stellen. So können Wiener am Wochenende von 13. bis 15. Mai Bücher zum Schnäppchenpreis kaufen und damit auch noch einer guten Sache dienen.

Freitag, 13. Mai: 14 bis 21 Uhr

Samstag, 14. Mai: 11 bis 21 Uhr

Sonntag, 15. Mai: 11 bis 17 Uhr

MuseumsQuartier

(Hofstallung & Kunsthalle)

Donnerstag, 19. 5.

Wie selbstbestimmt ist die Frau von heute?

Freiheit und Selbstbestimmung von Frauen sowie die Frage, ob neben der Vielzahl erworbener Rechte der Druck des gängigen Schönheitsideals bewirkt, dass weibliche Entscheidungsfreiheit beim eigenen Körper endet, diskutieren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Beate Wimmer-Puchinger, Frauengesundheitsbeauftragte der Stadt Wien, Artur Worseg, Facharzt für plastische Chirurgie und Inge Prader, Modelfotografin. Anmeldung: frauen@spoe.at oder Tel.: 0810 810 211

Beginn: 18 Uhr

Volkskundemuseum

Laudongasse 15-19, 1080 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Thomas Lehmann
Coverfoto: picturedesk
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wt. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

Verleihung der Concordia Preise 2010

Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und der Presseclub Concordia laden gemeinsam zur Verleihung der Concordia Preise 2010. Jedes Jahr werden Journalistinnen und Journalisten für besondere publizistische Leistungen im Bereich Menschenrechte und Demokratie sowie Presse- und Informationsfreiheit ausgezeichnet. Diese Publizistikpreise sollen Richtlinien für journalistische Qualität und für Engagement im Sinne der Ziele des Presseclub Concordia sein. Anmeldung:

Veranstaltungen02@parlament.gv.at

Beginn: 18 Uhr

Parlament, Zentraleingang, Lokal VI

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

NET NEWS

Erster virtueller Wiener Maiaufmarsch

Erstmals können Menschen aus ganz Österreich und aus aller Welt am Wiener Maiaufmarsch teilnehmen und so ihre Unterstützung für die Anliegen des Tags der Arbeit zeigen. Nach erfolgter Registrierung oder dem Login mit ihrem Facebook-Accounts können Userinnen und User ihr Foto sowie ein kurzes Statement uploaden und sich danach auf der Wiener Maiaufmarsch-Karte positionieren. Freunde online einzuladen funktioniert ganz einfach via Mail oder über

Facebook. Darüber hinaus bietet die Seite umfangreiches Informationsmaterial zur Kundgebung sowie zur Geschichte des Maiaufmarsches. Auch das begehrte Maiabzeichen, das von den Teilnehmern getragen wird und heuer an den 100. Geburtstag von Bruno Kreisky erinnert, kann erstmals online bestellt werden. Am 1. Mai selbst warten dann zusätzlich eine Live-Übertragung vom Wiener Rathausplatz sowie aktuelle Fotos von der Kundgebung auf die Nutzer. ♦

www.maiaufmarsch.at





Historisch

Im Gedenken an die Wiedererrichtung der Republik vor 66 Jahren legten die Vertreter der Bundesregierung einen Kranz in der Krypta der Wiener Hofburg nieder. In einer anschließenden Rede im Rahmen des Sonderministerrates betonte Bundeskanzler Werner Faymann die Bedeutung der sozialen Balance und Stabilität für die Demokratie.



Künstlerisch

Auf der internationalen Kunstmesse ART COLOGNE wurde die schon lange in Österreich lebende, italienische Künstlerin Sonia Leimer mit dem „AUDI Art Award for NEW POSITIONS“ ausgezeichnet. „Ein großer Erfolg für die junge aufstrebende Kunst in Österreich“, so Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit Sonia Leimer und der Galeristin Rosemarie Schwarzwälder).



Feministisch

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und die Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings Christa Pölbauer (r.) überreichten den Frauenring-Preis für besondere Leistungen nach feministischen Grundsätzen an die ORF-Journalistin Renata Schmidtkunz (m.l.) und den Musiker Paul Gulda. Beide haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das am Wiener Flughafen installierte Werbeplakat für das einschlägig bekannte Haus „Babylon“ entfernt wurde.